

312 F 239/09

Ausfertigung



**Amtsgericht Köln
Familiengericht
Beschluss**

In der Familiensache

betreffend das minderjährige Kind Valentin Braginsky, geboren am 05.04.1994,

an der beteiligt sind:

1. Jugendamt Köln, Willy-Brandt-Platz 2, 50879 Köln, vertreten durch den Vormund Frau Monika Heybutzki, ,

Antragstellerin

2. Herr Dr. Vladimir Braginsky, Horremer Str. 8, 50933 Köln,

Antragsgegner

wird wegen der Dringlichkeit im Wege der einstweiligen Anordnung ohne vorherige Anhörung

am 21.08.2009

beschlossen:

Die Unterbringung des Kindes Valentin Braginsky, geboren am 05.04.1994 in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Florentine-Eichler-Str.

1, 51067 Köln-Holweide wird für einen Zeitraum von 3 Wochen ab Aufnahme familiengerichtlich genehmigt.

Die Entscheidung ist sofort wirksam.

Gründe

Das Gericht hat dem sorgeberechtigten Kindesvater die elterliche Sorge durch Beschluss vom 17.08.2009 entzogen, Az. 312 F 211/09, und das Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln zum Vormund bestellt. Der Amtsvormund beantragt die Genehmigung der Unterbringung des Kindes für 3 Wochen in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Köln-Holweide. Durch den Bericht des Jugendamtes Köln vom 05.08.2009, der in dem unter dem Az. 312 F 211/09 geführten Verfahren erstattet worden ist, ist dem Gericht glaubhaft gemacht worden, dass Valentin dringend einer jugendpsychiatrischen Untersuchung und Diagnostik bedarf, um seinen Entwicklungszustand sowie seine psychische und gesundheitliche Situation einschätzen zu können und um die Frage einer weiteren Unterbringung zu klären. Der Kindesvater und Valentin sind nicht bereit, mit dem Jugendamt der Stadt Köln zu kooperieren. Die geschlossene Unterbringung des Kindes in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Köln-Holweide für einen Zeitraum von 3 Wochen ist daher notwendig, um eine jugendpsychiatrische Untersuchung des Kindes durchzuführen.

Es bestehen demnach dringende Gründe für die Annahme, dass die Unterbringungsmaßnahme nach § 1631 b BGB zum Wohl des Kindes erforderlich ist. Mit einem Aufschub wäre eine erhebliche Gefahr für das Kind verbunden, so dass es schnellstmöglich untergebracht werden muss.

Von einer vorherigen Anhörung des Kindes wurde wegen der Eilbedürftigkeit abgesehen.

Die Entscheidung über die sofortige Wirksamkeit beruht auf §§ 70 g Abs. 3 S. 2, 70 h Abs. 1 S. 2 FGG.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Diese ist binnen zwei Wochen beim Amtsgericht Köln oder beim Oberlandesgericht Köln schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung oder der gerichtlich protokollierten Bekanntgabe der Entscheidung (§§ 70 m, 69, 22 FGG). Bei der schon vollzogenen Unterbringung kann die Beschwerde auch bei dem für den Unterbringungsort zuständigen Amtsgericht eingelegt werden (§§ 70 m Abs. 3, 69 g Abs. 3 FGG).

Köln, 21.08.2009

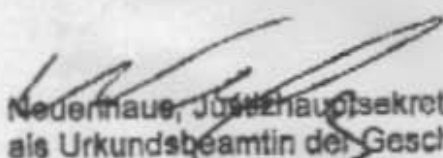
Amtsgericht

25-AUG-2009 18:35

S.03/03

Dr. Porr, Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt


Nedermaus, Justizhauptsekretärin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

